

Wenn der Oberbürgermeister erklärt, es wäre „schon ziemlich böseartig“ (vgl. 16.vor), dass die Partei die Piraten „einen Zusammenhang konstruierten“ zwischen der Einladung des OB, auf einem Kongress zu sprechen, dessen Kurator ausgerechnet der Chef der ECE ist, die in Trier mit dem Stadtvorstand und der Verwaltung einen besonderen Vertrag zur Errichtung eines Großeinkaufszentrum samt Umgebungs- und Quartiersentwicklung abschließen will und zudem im Jahr 2011 die Stadt Trier mit einem „Innovationspreis“ von 100.000 Euro ausgezeichnet hatte (vgl. ebd.), dann zeigt Klaus Jensen in dieser Angelegenheit gehörige Nerven! Von der Hand zu weisen sind die „Spekulationen“ der Piraten zunächst erst Mal nicht. Und eine üble „Bösewilligkeit“, die der OB unterstellt, ist auf den ersten Blick auch nicht auszumachen.

Freilich hilft es diesbezüglich auch nur wenig, wenn der Oberbürgermeister betont, weder er noch eine verantwortliche Dezernentin hätten noch „nie mit einem Vertreter der Stiftung“ (ebd.) gesprochen. Noch hilft es nicht, zu beteuern, er bekäme „keinerlei Honorar“ (ebd.). Denn weder muss „man“ ein einziges Wort miteinander ausgetauscht haben, um – vielleicht sogar unbewusst (!) - vorausseilende Willfährigkeit auszuüben, noch muss „man“ bezahlt werden, um Gefälligkeiten miteinander auszutauschen. Ganz im Gegenteil: Der „Verdienst“ im Sinne von Profit liegt in diesem Falle überhaupt nicht beim OB oder auf Seiten der Stadt Trier, sondern demgegenüber ganz bei der ECE. Denn diese hat sich – wie man hört (vgl. 16.vor, ebd.) - schon seit mehreren Jahren darum bemüht, in Trier als Investorin Fuß zu fassen (vgl. ebd.). Nun ist der Fuß der ECE aber schon in der Tür der Trierer Innenstadt fest eingestellt, wenn es nach dem Willen des Oberbürgermeisters und des Stadtvorstandes geht. Dies zeigt zum einen der schon ausgearbeitete Entwicklungsvertrag, der lediglich vom Fraktionsproporz des Steuerungsausschuss genehmigt werden soll, um für die Stadt bindend zu sein, statt in öffentlicher Diskussion im Stadtrat – wie der Einzelhandel hier zu Recht fordert.

Zum anderen zeigt das Fuß-in-der-Tür-haben auch, dass zwar – wie sich der OB öffentlich verwehrt – kein vertragliches „Vorverkaufsrecht“ (ebd.) für Trierer Immobilien oder Grundstücke für die ECE bestehe, aber dennoch „ein Zugeständnis“ (!) (ebd.) von Seiten der Stadt gemacht wurde, insofern „die ECE mit dem [Entwicklungs-]Prozess ein eigenes Investment in die Entwicklungsplanungen [des Quartiers]“ (ebd.) miteinbringe: Und deswegen verpflichtete sich die Stadt keine anderweitigen Verhandlungen mit anderen Investoren vorzunehmen, solange man einvernehmlich in Trier die von der ECE gewünschte Shoppingmeile und das anschließende von der Stadt gewünschte Quartier entwickle.

Nichts desto trotz wird aber in der Vereinbarung mit der Stadt nicht explizit ausgeschlossen, dass die ECE sich gleichzeitig auch woanders um - womöglich noch bessere - Investitionsmöglichkeiten bemühen könne wie z.B. in Luxemburg. Denn Luxemburg wäre in jedem Fall ein großer Konkurrent für Trier in der Konsumentengunst. Von daher wäre es nicht schlecht, man könne die ECE verpflichten, sich selbst und der Innenstadt von Trier keine eigene Konkurrenz zu machen. Der Vorteil liegt aber auch hier ganz auf Seiten der ECE, denn sie kann laut Vertragsentwurf explizit als Kündigungsgrund aus diesem gegen die Stadt geltend machen, dass für sie „die Durchführung des Vorhabens [in Trier] aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich erscheint“ (ebd.) bzw. wenn es sich aus ihrer Sicht nicht mehr rechnen werde. Während die ECE auf eigenen Entschluss aus den Vorvereinbarungen jederzeit „aussteigen“ kann, verpflichtet sich die Stadt Trier – im Umkehrschluss zum Wortlaut der Vereinbarung - bei Unstimmigkeiten zwischen den Partnern zunächst auf eine „gemeinsame Abstimmung mit der Lenkungsgruppe zwischen Stadt und ECE“ (!) zu setzen bzw. nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, bevor „auch nach schriftlicher Mahnung mit Fristsetzung unter

Hinweis auf die Kündigungsmöglichkeiten“ (ebd.) der geschlossene Vertrag aufgekündigt und für nichtig erklärt werde. Dies – so wird man mit dem OB annehmen müssen – gebiete wiederum die Selbstverständlichkeit zwischen Vertragspartnern. Allerdings zeigt diese „Selbstverständlichkeit“ auch implizit ein gesteigertes Interesse der Stadt Trier an der gemeinsamen Vorhabenrealisierung zusammen und nur mit der ECE!

Vor diesem Hintergrund ist es wenig wahrscheinlich, dass die Stadt Trier in einem nachfolgenden Vertrag mit der ECE das gemeinsame Vorhaben – wie der OB eigens die korrekte Verfahrensweise hervorhebt -, wenn es denn bis dahin vorangetrieben werden konnte, noch platzen ließe. Vor allem nicht aus Gründen der Uneinigkeit über die Höhe der Grundstückspreise für Flächen, die die ECE noch hofft von Seiten der Stadt zur Projektrealisierung angeboten zu bekommen: es ist wenig wahrscheinlich, dass die Stadt zu diesem Zeitpunkt eine Notbremse ziehen würde, die ja die gesamte bisher geleistete Entwicklungsplanung ad absurdum führen würde. – Weniger wäre für die Stadt im Zweifel auch schon viel. Während weniger (vom einkalkulierten Profit) für die ECE mitunter rein nichts wäre.

An dieser Stelle muss allerdings nachgefragt werden, weshalb die Stadt bei einer von der ECE geplanten Investitionssumme von bis 250 Million Euro (vgl. TV) nicht eine „europaweite Ausschreibung“ nach EU-Recht zur Realisierung dieser besonderen Quartiersentwicklung in Trier vornehmen muss? Diese kann nämlich auch dann vorgeschrieben werden, wenn „bereits bei Hinzutreten sonstiger Verpflichtungen des Erwerbers [hier: der ECE, J.V.], wie z.B. von Bauverpflichtungen“ (Matthias Durst u.a., Berlin, 2009), sich das Bild eines bloßen Grundstückserwerbs ändert „und das gesamte Rechtsgeschäft ein nach Vergaberecht ausschreibungspflichtiger Bauauftrag bzw. eine Baukonzession wird“ (Matthias Durst u.a., ebd.).

Wahrscheinlich besteht die „Einmaligkeit“, mit der Klaus Jensen diesen begonnenen Entwicklungsprozess mit der ECE immer wieder beschreibt (vgl. TV), vor allem darin, durch den Vorvertrag zwischen der Stadt Trier mit der ECE eine europaweite Ausschreibung umgehen zu können. Die Bindung an die ECE der Vertrag könnte also bedingen, dass das Verfahren rechtlich einerseits als rein privatwirtschaftliches gewertet werden könnte und andererseits die Stadt Trier dennoch einen gewissen Einfluss auf den Planungsverlauf nehmen könnte, ohne jedoch ausschreibungspflichtig gegenüber dem EU-Recht zu sein.

Es wäre daher interessant zu wissen, was die Stadt Trier dieses Projekt an öffentlich getätigten Investitionsgeldern wird kosten werden? An dieser Stelle ist der Stadtrat der Stadt Trier gefragt und keineswegs nur der Steuerausschuss, der – in der Regel – unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagt und abschließend beschließt.